

Drucksache: 0093/2004/IV
Heidelberg, den 17.09.2004

Vertraulich zu behandeln
bis zur ersten öffentlichen
Beratung in den Gremien
des Gemeinderats

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Kämmereiamt

Rechnungsabschluss 2003
hier: Rechenschaftsbericht 2003

Informationsvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	29.09.2004	N	O ja O nein	
Gemeinderat	14.10.2004	Ö	O ja O nein	

Inhalt der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen den Rechenschaftsbericht 2003 zur Kenntnis.

Begründung:

Nach den Vorschriften der Gemeindeordnung ist die Jahresrechnung innerhalb eines Jahres nach Ende des Haushaltsjahres vom Gemeinderat festzustellen. Das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Jahres 2003 und die Entwicklung des Vermögens und der Schulden sind im Rechenschaftsbericht 2003 dargestellt und ausführlich erläutert.

Da Grundvoraussetzung für die Dezentrale Ressourcenverantwortung die Vereinbarung von strategischen und operationalen Leistungszielen und eines Finanzziels (Budget) ist, hat die Verwaltung auch im Rahmen des Haushalts 2003 dem Gemeinderat für alle Amtsbereiche Zielvereinbarungen vorgelegt. Auf Basis dieser Zielvereinbarungen haben die Ämter Jahresberichte erstellt, die dem Rechenschaftsbericht beigelegt sind.

I. Allgemeines

Im Verlauf des Jahres 2002 – dem Planungszeitraum für den Haushalt 2003 – ist die Entwicklung der Wirtschaft und damit der Steuereinnahmen und der Finanzaufwendungen zum zentralen Problem geworden. So musste bereits in einer frühen Phase der Aufstellung des Haushaltsplans den Ämtern und Fachbereichen eine Reduzierung der Personal- und Sachausgabenansätze um 1 % als Finanzziel vorgegeben werden.

Mit Herausgabe des Haushaltserlasses 2003 im Juli 2002 entstand ein weiterer Konsolidierungsbedarf in Höhe von 5,5 Mio. €, verursacht im wesentlichen durch rückläufige Einnahmen beim Finanzausgleich und steigende Aufwendungen für die Sozial- und Jugendhilfe sowie die Aufwendungen der Umlage an den Landeswohlfahrtsverband. In der Folge musste eine weitere Reduzierung der Personal- und Sachkostenansätze um 1,2 % umgesetzt werden.

Ein erneuter Ausgleichsbedarf entstand mit der Regionalisierung der Ergebnisse der Steuerschätzung vom November 2002. Durch weitere Kürzungen bei den Personal- und Sachausgaben, Zuweisungen und Zuschüssen sowie eine Globale Minderausgabe konnte dennoch eine Zuführung an den Vermögenshaushalt von 3,4 Mio. € erreicht werden.

Im Verlauf des Haushaltsjahres mussten zusätzlich weitere Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltsausgleichs ergriffen werden wie insbesondere die Beibehaltung und Verdoppelung der mit dem Haushaltsplan beschlossenen Haushaltssperre, Kürzung der Zuschüsse für freiwillige Leistungen, Haushaltssperre bei der Gebäudeunterhaltung, Zurückstellung aller neuen Bauinvestitionen sowie die Reduzierung des Verlustausgleichs an die HVV.

Im Ergebnis konnte noch eine Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 3,9 Mio. € erreicht werden. Die Allgemeine Rücklage wurde in Höhe von 13,5 Mio. € zur Finanzierung der Investitionen in Anspruch genommen; 7,5 Mio. € weniger als ursprünglich geplant.

II. Verwaltungshaushalt

1. Steuern und allgemeine Zuweisungen (Gruppierung 0)

- 20,8 Mio. €

In der Vergangenheit war die **Gewerbesteuer**, traditionell schwach, von konjunkturellen Entwicklungen nicht in gleichem Umfang betroffen wie in anderen Städten. Bereits im Frühjahr 2003 wurden erstmals hohe Mindereinnahmen erkennbar, bei denen neben der Konjunktur auch Einzelfallentwicklungen bei großen Steuerzahlern eine wesentliche Rolle spielten. Im Ergebnis belaufen sich die Mindereinnahmen alleine bei der Gewerbesteuer auf 18,5 Mio. €.

Auch hinsichtlich der **Schlüsselzuweisungen des Landes** war der Haushaltserlass des Landes zu optimistisch. Die dort angenommenen Eckdaten, vor allem der Kopfbetrag für die Berechnung der Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft, konnten nicht erreicht werden und wurden mit dem Bescheid über die vierte Teilzahlung reduziert. Das führte zu Mindereinnahmen von 2,0 Mio. €.

Die **Grundsteuern A und B** entwickelten sich weitgehend planmäßig.

Mindereinnahmen beim **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** konnten durch Mehreinnahmen beim **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** ausgeglichen werden.

Der Ansatz für die **Grunderwerbsteuer**, der auf Erfahrungswerten der letzten Jahre basierte, konnte nicht erreicht werden (- 0,4 Mio. €).

2. Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (Gruppierung 1)	- 0,7 Mio. €
--	---------------------

Mindereinnahmen sind zu verzeichnen bei den **Gebühren und ähnlichen Entgelten** (- 2,2 Mio. €), vor allem bei den Abwassergebühren, den Einnahmen der Abfallbeseitigung sowie Sonderreinigungen und Verwaltungsgebühren.

Dem gegenüber standen Mehreinnahmen bei den **Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, Sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen** (+ 0,8 Mio. €) durch die Schadenersatzleistungen für den Brandschaden in der Telekommunikationsanlage sowie Erlöse aus dem Papierverkauf im Bereich der Abfallbeseitigung.

Ebenfalls zu Mehreinnahmen i. H. v. 0,4 Mio. € kam es bei den **Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke**, die überwiegend aus einer Erhöhung der Sachkostenbeiträge für die Schulen sowie aus Zuweisungen für die Betreuung von Kleinkindern und den Betrieb von Kinderbetreuungseinrichtungen stammen.

3. Sonstige Finanzeinnahmen (Gruppierung 2)	+ 6,5 Mio. €
--	---------------------

Die Mehreinnahmen entstanden überwiegend (+ 7,0 Mio. €) durch die Buchung der **Budgetabschlüsse** der einzelnen Ämter.

Mindereinnahmen sind zu verzeichnen bei den **Zinseinnahmen** (- 0,7 Mio. €), da sich infolge der verschlechterten Liquiditätslage die Geldanlagemöglichkeiten stark eingeschränkt haben.

4. Personalausgaben (Gruppierung 4)	- 0,4 Mio. €
--	---------------------

Die restriktive Personalwirtschaft der letzten Jahre hatte bereits in einigen Bereichen zu empfindlichen Einschnitten geführt. Die Unterschreitung des Planansatzes entstand durch die Streichung bzw. Kürzung der Sonderzuwendungen für die Beamten (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld) durch den Bundes- bzw. Landesgesetzgeber.

5. Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Gruppierungen 5 u. 6)	- 2,7 Mio. €
--	---------------------

Aufgrund der Haushaltssperre bleiben die Ausgaben für die Unterhaltung der **Grundstücke, baulichen Anlagen und des sonstigen unbeweglichen Vermögens** um 0,9 Mio. € hinter dem Ansatz zurück. Bei den **weiteren Verwaltungs- und Betriebsausgaben** verteilen sich die Minderausgaben (- 1,7 Mio. €) auf viele Haushaltsstellen, die infolge der Haushaltssperre nicht bewirtschaftet wurden.

Aus dem gleichen Grund sind Minderausgaben bei den Ausgaben für **Geräte, Ausstattung** (- 0,5 Mio. €) sowie **Steuern und Geschäftsausgaben** (- 0,5 Mio. €) entstanden.

6. Zuweisungen und Zuschüsse (Gruppierung 7)

- 11,2 Mio. €

Der **Verlustausgleich** an die Unternehmensgruppe HVV wurde zur Sicherung des Haushaltsausgleichs um 7,55 Mio. € reduziert.

Das Ergebnis bei den **Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke** blieb um 0,7 Mio. € hinter dem Ansatz zurück; Ursache waren die Reduzierungen zur Sicherung des Haushaltsausgleichs sowie Minderausgaben bei der Umlage an den Abwasserzweckverband.

Die **Sozial- und Jugendhilfeausgaben** lagen um 2,6 Mio. € unter dem Ansatz (39,9 Mio. €).

Rückläufige Fallzahlen bei den Hilfen für Flüchtlinge sowie eine positive Entwicklung der zum 1.1.2003 neu eingeführten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderungen führten zu entsprechenden Minderausgaben bei den **Sozialhilfeausgaben**.

Bei der **Jugendhilfe** wurde der eingeschlagene Weg (Umbau-/Optimierung Hilfearten; ganzheitliches Fallmanagement) konsequent fortgesetzt.

7. Sonstige Finanzausgaben (Gruppierung 8)

- 0,8 Mio. €

Der Ansatz für die **Zinsausgaben** (6,2 Mio. €) konnte um 0,4 Mio. € unterschritten werden.

Mehrausgaben i. H. v. 8,2 Mio. € entstanden durch die Buchung der **Budgetabschlüsse** der einzelnen Ämter.

Die Ausgaben für die **Gewerbesteuerumlage** lagen trotz des gestiegenen Vervielfältigers in Folge der hohen Einnahmeverluste 2003 sowie einer Rückzahlung für das Jahr 2002 um 10,3 Mio. € unter dem Plan (17,8 Mio. €).

Durch die Umsetzung der Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltsausgleichs sowie die Minderausgaben bei der Sozial- und Jugendhilfe konnte trotz der Mindereinnahmen bei den Steuern und Zuweisungen die im Haushaltsplan veranschlagte **Zuführung zum Vermögenshaushalt** (3,4 Mio. €) erreicht und sogar überschritten werden (+ 0,5 Mio. €).

III. Vermögenshaushalt

1. Die **Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens** (Ansatz 9,3 Mio. €, Ergebnis 6,3 Mio. €) lagen unter dem ursprünglichen Ansatz. Die Mittel für den **Grunderwerb** (Ansatz 7,7 Mio. €, Ergebnis 3,8 Mio. €) wurden nicht in voller Höhe ausgeschöpft.
2. Bei den **Bauausgaben** wurde der Ansatz (43,3 Mio. €) bei einem Ergebnis i. H. v. 36,9 Mio. € nicht erreicht. Es liegt allerdings um 14,5 Mio. € über dem Vorjahresultat. Große zahlungswirksame Maßnahmen waren der Umbau des Rathauses mit neuem Sitzungssaal, die Sanierung des Lutherhauses für die Musik- und Singschule, der Bau der Sporthalle Sportzentrum West, die Sanierung des Schlossbergtunnels, die Bürgerstraßen- und Grenzhöfer-Weg-Brücke sowie die Modernisierung der Kirchstr. 16.
3. **Haushaltsausgabereste** wurden i. H. v. 17,0 Mio. € gebildet.
4. Für **Investitionen** wurden Kredite i. H. v. 20,0 Mio. € aufgenommen sowie ein Haushaltseinnahmerest von 12,2 Mio. € gebildet. Aus dem Vorjahr stand noch ein Haushaltsrest i. H. v. 11,0 Mio. € zur Verfügung. **Umschuldungen** wurden i. H. v. 8,3 Mio. € getätigt. Die Tilgungsleistungen (ohne Umschuldungen) beliefen sich auf 3,4 Mio. €.

5. Eine Entnahme aus der **Allgemeinen Rücklage** war nicht in der geplanten Höhe erforderlich (Plan: 21,0 Mio. €; Ergebnis: 13,5 Mio. €). Ihr Bestand verringerte sich zum 31.12.2003 auf 24,5 Mio. €.

Der Schuldenstand (einschließlich Restkaufpreisschulden) beläuft sich zum 31.12.2003 auf 131,5 Mio. € (31.12.2002: 115,0 Mio. €); dies entspricht 922 € je Einwohner.

gez.

Beate W e b e r

Anlage zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Rechenschaftsbericht 2003 (wurde mit Schreiben vom 16.09.2004 zugestellt)